



Seit Beginn israelischer Luftangriffe auf iranische Nuklearanlagen am 13. Juni 2025 verfolgt Frankreich eine außenpolitische Strategie zwischen strategischer Entschlossenheit und diplomatischer Zurückhaltung. Präsident Emmanuel Macron und seine Regierung setzen auf eine Doppelstrategie: den Schutz französischer Staatsbürger, diplomatische Vermittlung zur Deeskalation sowie die Vermeidung direkter militärischer Verwicklungen. Im Zentrum steht dabei die Wiederherstellung politischer Stabilität durch eine europäisch abgestimmte Initiative.

Schutz französischer Staatsbürger

Unmittelbar nach den ersten Angriffen aktivierte Frankreich seine Krisenmechanismen. Über eigens organisierte Evakuierungen via Türkei, Jordanien und Transkaukasien wurden gefährdete Staatsbürger aus der Region in Sicherheit gebracht. Parallel verstärkte man die Sicherheitsvorkehrungen an diplomatischen Vertretungen, französischen Schulen und religiösen Einrichtungen im In- und Ausland.

Diese Maßnahmen verdeutlichen den innenpolitischen Imperativ, französische Interessen zu wahren, ohne die außenpolitische Balance zu gefährden.

Diskrete Verhandlungen zur Geiselfreilassung

Frankreichs Diplomatie konzentriert sich zugleich auf die Situation von Geiseln in der Konfliktregion. In enger Abstimmung mit Partnerstaaten und Vermittlern wie Katar und Ägypten strebt Paris deren Freilassung an. Öffentlich äußert sich die Regierung dazu zurückhaltend, um Verhandlungsspielräume nicht zu gefährden.

Ziel ist neben der humanitären Hilfe auch der diplomatische Nachweis französischer Handlungsfähigkeit in einer zunehmend polarisierten internationalen Lage.

Europäische Initiative zur Deeskalation

Auf internationaler Ebene forciert Frankreich gemeinsam mit Deutschland und Großbritannien eine politische Initiative. Ziel ist ein sofortiger Waffenstillstand sowie eine Rückkehr zu kontrollierter nuklearer Abrüstung Irans. Diese trilaterale Abstimmung verfolgt einen multilateralen Ansatz und betont das völkerrechtliche Fundament westlicher Positionen.

Macrons Regierung warnt dabei ausdrücklich vor einseitigen militärischen Alleingängen,



insbesondere wenn zivile Infrastruktur betroffen ist – ein Hinweis auf die Notwendigkeit gezielter diplomatischer Hebel anstelle pauschaler Machtdemonstrationen.

Frankreichs Rolle zwischen Unterstützung und Abgrenzung

Frankreich anerkennt das israelische Selbstverteidigungsrecht zwar an, distanziert sich aber klar von Offensivoperationen. Eine Beteiligung an militärischen Maßnahmen gegen Iran wird ausgeschlossen – es sei denn, Israel würde direkt angegriffen.

Macron hat zudem jeglichen Gedanken an einen gewaltsamen Regimewechsel in Teheran zurückgewiesen und auf die negativen historischen Folgen militärischer Interventionen in Irak und Libyen verwiesen. Frankreich sieht sich nicht als Hegemon, sondern als Garant eines politischen Gleichgewichts.

Europäische Geschlossenheit als strategisches Ziel

Die koordinierte Erklärung von Paris, Berlin und London zur Lage im Nahen Osten bekräftigt den europäischen Willen zur kollektiven Diplomatie. Sie stellt klar: Iran darf nicht erneut versuchen, durch atomare Aufrüstung geopolitischen Druck auszuüben.

Zugleich positionieren sich die drei europäischen Hauptstädte als eigenständige Vermittler, ohne sich vollständig in den Schatten US-amerikanischer Militäraktionen zu stellen. Europa beansprucht in diesem Konflikt seine Rolle als zivilisatorische Ordnungsmacht.

Frankreich versucht, mit seiner «fermeté équilibrée» den geopolitischen Ausnahmezustand zu kanalisieren: durch nüchternes Krisenmanagement, zurückhaltende Kommunikation und abgestimmte Diplomatie. Die Wirksamkeit dieser Strategie wird davon abhängen, ob Paris und seine Partner die Konfliktparteien zu einer Verhandlungslösung bewegen können – bevor militärische Logik die politische vollständig verdrängt.

Autor: P.T.